

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Häussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 24 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, fragt: Warum ist Stuttgart für die USA nicht mehr sicher?

Seite 1

Peter Mitzscherling MdB kommentiert den Berliner "Wirtschaftsgipfel": Berlins Bürger werden aufpassen.

Seite 2

Volker Neumann MdB hält den Zustrom palästinensischer Flüchtlinge für bedenklich: Wiedersehen in West-Berlin?

Seite 4

Helmut Sieglerschmidt MdEP zur angekündigten Vertrauensfrage: Die Verfassung verträgt keine Auslegungskunststücke.

Seite 5

Paul O. Vogel setzt sich mit dem Hamburger CDU-Kandidaten auseinander: Antworten an Herrn Kiep.

Seite 6

Wolfgang Kirchner beschreibt, wie SPD-Kommunalpolitiker ihren Friedensbeitrag leisten können: Fragen konkret beantworten.

Seite 8

37. Jahrgang / 236

13. Dezember 1982

Überlebensfragen

Warum ist Stuttgart für die USA nicht mehr sicher?

Von Karsten D. Voigt MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Tröpfchenweise kommt die Wahrheit heraus: Was am Wochenende für Bundesverteidigungsminister Wörner noch eine bösartige Falschmeldung war, verdichtet sich zur Gewißheit. Für Teilfunktionen des US-Hauptquartiers in Europa wird Quartier in Großbritannien gemacht. Für den Kriegsfall - wird beschwichtigend hinzugefügt. Aber die Europäer und natürlich die Bürger der Bundesrepublik sind zurecht beunruhigt.

Es stellen sich folgende Fragen:

- o Warum gilt das Stuttgarter Hauptquartier und seine naheliegenden Ausweichquartiere plötzlich nicht mehr für alle Funktionen im Kriegsfall als überlebensfähig?
- o Welche militärischen Planungen und Strategien verbergen sich hinter diesen Absichten, die ja wohl auch mögliche Verlagerungen militärischer Befehlszentren nach Belgien ins Auge fassen?
- o Rechnen die USA mit einem längeren beziehungsweise chemischen oder nuklearen Krieg in Westeuropa?
- o Inwieweit ist die amtierende Bundesregierung über die Planungen unseres Hauptverbündeten informiert oder nicht informiert worden?
- o Hat Bundesverteidigungsminister Wörner die deutsche Öffentlichkeit mit seinen Beschwichtigungen belogen?

Die Fragen verlangen klare, eindeutige Antworten. Sie verlangen keine Verschleierungen und Mausechelen. Es sind Überlebensfragen unseres Volkes und Europas.

(-/13.12.1982/ks/oa)

+ + +

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Kein Gewinn für den
persönlichen Reichtum
Spendenkonto



Berlins Bürger werden aufpassen

Gibt es bei den Unternehmern ein neues Berlin-Bewußtsein?

Von Dr. Peter Mitzscherling MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Schlagzeilen vieler Sonntagszeitungen jubilierten:

Der Berliner "Wirtschaftsgipfel" war ein Erfolg, ein Durchbruch, eine Wende sogar! Es bedurfte offenbar erst - und nur - des Appells des neuen Bundeskanzlers, um deutsche Spitzenmanager und Unternehmer erkennen zu lassen, daß Berlin eine "nationale Aufgabe" ist, zu der man sich durch Investitionen und neue Arbeitsplätze zu bekennen habe. Was eigentlich, so muß sich der Bürger fragen, hat der neue und alte Bundeswirtschaftsminister, was haben die Berlinbeauftragten der deutschen Großunternehmen in all den Jahren für die Stadt getan?

Wenn diese Konferenz, zu der noch Helmut Schmidt eingeladen hatte, zu grundsätzlich positiven Resultaten führte, so ist dies kein Verdienst von Helmut Kohl, sondern das Ergebnis der Bemühungen vieler. Der Abbau industrieller Arbeitsplätze von über einem Drittel innerhalb des letzten Jahrzehnts auf nunmehr rund 165.000 mußte jeden auf-rütteln. Denn dieser unaufhaltsam scheinende Prozeß bedrohte immer stärker die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit politische Existenz Berlins.

Die Suche nach den Gründen dafür, warum Berlin von konjunkturellen und strukturellen Einbrüchen überdurchschnittlich hart betroffen wurde, reicht weit in die siebziger Jahre zurück.

Vor allem die heutigen Chefs des Berliner DGB und der IG Metall, Michael Pagels und Horst Wagner, haben immer wieder auf den anhaltenden Arbeitsplatzabbau aufmerksam gemacht. Sie vermuteten - wie sich inzwischen herausstellte - zurecht, daß die Konstruktion des Berlin-Förderungsgesetzes es war, die Berlin zu einer verlängerten Werk-bank westdeutscher Unternehmen gemacht hatte, anfällig in wirtschaftlichen Krisen-zeiten, attraktiv für Produktionen mit geringer Wertschöpfung, kostspielig für den Steuerzahler.

Gegen den hinhaltenden Widerstand der Berliner Industrie- und Handelskammer wurde schließlich, nachdem gutachtliche kritische Äußerungen zum Beispiel des DIV vorlagen, das System der Umsatzsteuerpräferenzen reformiert. Alle Fraktionen des Deutschen



Bundestages haben ihren Anteil daran, wenn vom Beginn des nächsten Jahres an Betriebe mit höherer Wertschöpfung, höherer Ausbildungsleistung, besserer Qualifikation ihrer Beschäftigten, einem größeren Forschungs- und Entwicklungsanteil sich stärker in Berlin engagieren - denn dieses Ziel strebt das neue System der Berlin-Förderung an.

Wenn 122 Vorstandsvorsitzende und andere Führungskräfte am letzten Wochenende in Berlin erklärten, in den nächsten Jahren in Berlin hunderte von Millionen DM investieren und mehr als 3.000 neue Arbeitsplätze schaffen zu wollen, so scheint dies zunächst eine Bestätigung dafür zu sein, daß die neue "Berlin-Förderung" zu wirken beginnt.

Die Absichtserklärungen sind zu begrüßen! Vor allem deshalb, weil sie hauptsächlich Vorhaben betreffen, die besonders erwünscht und deshalb auch besonders gefördert sind - forschungs- und entwicklungsintensiv, wie zum Beispiel Entwicklung und Fertigung von Robotern, Rauchgasfilteranlagen, Glasfaserkabeln und anderes mehr. Eine stärkere Nutzung des großen Forschungspotentials der Stadt, vor allem aber die Umsetzung neuer Ergebnisse in die laufende Produktion der Berliner Betriebe könnten mittelfristig der Stadt tatsächlich zu jenen so viel beschworenen "zukunftsträchtigen" Arbeitsplätzen verhelfen.

Die Umsetzung der Konferenzergebnisse in positive Investitions- und Arbeitsplatzentscheidungen ist eher mittelfristig angelegt. Zunächst wird der von weiterer Rationalisierung geprägte Arbeitsplatzabbau in Berlin anhalten - nicht nur bei der AEG! Ob tatsächlich ein neues Berlin-Bewußtsein der deutschen Unternehmer im Entstehen begriffen ist, das ihrer politischen Verantwortung - auch für Berlin - gerecht wird, bleibt abzuwarten. Die Bürger der arg von der Wirtschaftskrise gebeutelten Stadt werden aufmerksame Beobachter bleiben.

Schon jetzt wundern sie sich: Der Konferenzteilnehmer Bundesminister Schwarz-Schilling, bisher auf eine kupferverkabelte Bundesrepublik versessen, will helfen, Berlin zu einem Zentrum der Telekommunikation zu machen - durch in Berlin hergestellte Glasfaserkabel! Wenn damit, wie zu hören, künftig von den Berlinern alle dritten Programme der deutschen Fernsehanstalten und deutschsprachige Sendungen aus dem europäischen Ausland zu sehen und zu hören sein werden, wird Telekommunikation akzeptabler - auch für Sozialdemokraten!
(-/13.12.1982/ks/ca)

+ + +



Wiedersehen in West-Berlin?

Der Zustrom palästinensischer Flüchtlinge ist bedenklich

Von Volker Neumann MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Menschenrechts- und Flüchtlingsfragen
in der SPD-Bundestagsfraktion

Auf die Frage, wo denn die hunderttausende palästinensischen Frauen und Kinder im Libanon ihre in alle Länder verstreuten Männer und Väter wiedertreffen werden, lautet die Antwort des Vertreters der PLO im Libanon, Shafik El Houd: "In West-Berlin."

Etwa 350.000 palästinensische Flüchtlinge leben zur Zeit im Libanon. Alle libanesischen politischen Gruppierungen, insbesondere die Christen wollen die ungeliebten Gäste so schnell wie möglich aus dem Land heraus haben. Père Boulos Namaan, Oberst des christlich-maronitischen Mönchordens, sagte gegenüber deutschen Abgeordneten: "Wir beschuldigen die USA, Europa und auch die Bundesrepublik, daß sie es möglich gemacht haben, daß die multinationalen Truppen zurückgekommen sind, und die Israelis daran gehindert haben, die Palästinenser hinauszuerwerfen." Diese Äußerung nach den Massakern von Chatila und Sabra macht mehr als deutlich, was die Palästinenser im Libanon erwartet.

Da andere arabische Länder nicht bereit sind, Flüchtlinge in nennenswertem Umfange aufzunehmen, scheint die fast verzweifelte Antwort des PLO-Vertreters nicht ganz falsch zu sein. Nach der Wiedereröffnung der Fluglinie Beirut - Ost-Berlin hat die Zahl der palästinensischen Asylbewerber in West-Berlin zugenommen.

Die Schleuse ist wieder offen, und nach den Massakern an den Palästinensern im Libanon ist auch offensichtlich, daß eine Gefahr für Leib und Seele besteht. Ein Asylrecht wird kaum verwehrt werden können. Ost-Berlin wird sicher nicht nur aus Gründen der besseren Auslastung der eigenen Fluglinie die Schleuse nach West-Berlin offenhalten.

Nach meiner Ansicht entstehen durch diese Situation Gefahren für die Stabilität West-Berlins und vor allen Dingen auch für das politische Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland. Sicher kann man in der Bundesrepublik monatlich noch 100 oder 200 palästinensische Flüchtlinge verkraften, wird sich die Zahl aber verdoppeln oder verdreifachen, muß damit gerechnet werden, daß der Ruf nach Schließung der Grenzen und nach Änderung des politischen Asylrechts wieder laut wird.

Die Bundesrepublik hat bei den Vereinten Nationen eine Initiative zur Vermeidung von neuen Flüchtlingsströmen eingebracht. Im Interesse der Palästinenser, im Interesse der eigenen Glaubwürdigkeit, im Interesse West-Berlins als auch im eigenen Interesse sollte nunmehr unverzüglich die Bundesrepublik einen Beitrag leisten, um für die Palästinenser eine dauerhafte Lösung zu finden. Der Reagan-Plan erscheint in dieser Situation ein vernünftiger Schritt in die richtige Richtung.

(-/13.12.1982/ks/oa)

+ + +



Respekt vor dem Grundgesetz

Die Verfassung verträgt keine Auslegungskunststücke

Von Hellmut Sieglerschmidt MdEP

Mitglied des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments

Der Bundeskanzler will in dieser Woche die Vertrauensfrage stellen. Dazu ist folgendes zu bemerken:

Unser Grundgesetz will vorgezogene Neuwahlen zum Bundestag nur dann, wenn kein Bundeskanzler mehr zu finden ist, der das Vertrauen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages besitzt. Selbst dann sollen Neuwahlen nicht automatisch stattfinden. Es liegt im Ermessen des Bundespräsidenten, zu entscheiden, ob ein mit relativer Mehrheit gewählter Kanzler der bessere Ausweg ist.

Dr. Kohl wird voraussichtlich am kommenden Freitag nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages zu seinem Antrag erhalten, ihm das Vertrauen auszusprechen. Aber besitzt er deshalb dann nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit? Falls es zu vorgezogenen Bundestagswahlen kommt, und das Wahlergebnis es zuläßt, wird die große Mehrzahl derjenigen Abgeordneten, die sich am 17. Dezember der Stimme enthalten wollen, wieder in den Bundestag zurückgekehrt, Dr. Kohl zum Bundeskanzler wählen.

Niemand kann ihnen verbieten, sich so zu verhalten. Sie sind in ihrer Abstimmung nur ihrem Gewissen unterworfen. Wenn sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren können, so mit dem Grundgesetz umzugehen, ist das ihre Sache. Die verfassungsrechtlich relevante Entscheidung hat hier der Bundespräsident zu treffen. Sie steht übrigens auch auf dem Prüfstand des Bundesverfassungsgerichts, wenn es in dieser Sache angerufen werden sollte.

Bundespräsident Dr. Carstens besitzt als Professor des Staatsrechts ein geschärftes staatsrechtliches Urteilsvermögen. Ich wünsche ihm dazu den staatsmännischen Weitblick, nicht nur kurzfristig auf die Problematik des gegebenen Wahlversprechens zu schauen, sondern die langfristigen Folgen zu bedenken, die sich aus einer Entscheidung für die vorzeitige Auflösung des Bundestages ergeben würden. Auch wenn viele Bürger unseres Landes diese Entscheidung juristisch nicht zu beurteilen vermögen und auch gar nicht daran interessiert sind, bleibt ihre staatspolitische Tragweite bestehen.

Der Respekt vor dem Grundgesetz darf nicht angetastet werden, auch nicht durch manipulatives Verhalten oder formalistische Auslegungskunststücke. Alle Beteiligten sollten es sich noch einmal überlegen, ob sie sich wirklich hier nach dem berüchtigten Grundsatz richten wollen, daß der - unbestreitbar gute - Zweck baldiger Wahlen das schlechte Mittel einer dem Bundespräsidenten vorgeschlagenen Entscheidung heiligt, die mindestens verfassungspolitisch äußerst bedenklich, wenn nicht gar verfassungswidrig sein würde.
(-/13.12.1982/ks/ca)

+ + +



Antworten an Herrn Kiep

Der Hamburger CDU-Kandidat klammert Sachfragen aus

Von Paul O. Vogel

Zunächst ein Wort zum Spitzenkandidaten der CDU in Hamburg, Herrn Walther Leiser Kiep: Er ist und bleibt ein Mann des politischen Showgeschäfts. Mit ihm führt die CDU einen Wahlkampf ohne sachliche Inhalte, dafür aber mit kräftigen Worten der Diffamierung des politischen Gegners, der SPD. Ganz auf der Linie des Show-Effekts hat Herr Kiep im November in einem Brief an Bürgermeister Klaus von Dohnanyi von gegenseitiger Tolerierung nach der Wahl - wenn keine Partei die absolute Mehrheit erringt - gesprochen, und er hat dazu Fragen an die SPD und ihren Spitzenkandidaten gerichtet, die nur einen Zweck haben können:

Die Wählerinnen und Wähler sollen glauben, daß die SPD nach dem 19. Dezember eine "rot/grüne" Koalition will. Mit Kieps angeblich ernst gemeintem Brief wird so die Diffamierung fortgesetzt, die das Thema der CDU-Plakate bildet.

Herr Kiep hat von Klaus von Dohnanyi dieser Tage seine Antwort bekommen, mit der noch einmal die Position der Hamburger Sozialdemokraten erläutert wird; der Brief des Bürgermeisters sagt:

1. Wir rechnen mit einer klaren Mehrheit für die SPD, weil die Bürger diese klare Mehrheit wollen und weil sie wissen, daß dies nur mit der SPD geht.
2. Wenn am 19. Dezember die SPD die Mehrheit knapp verfehlen sollte, dann
 - wird es keine große Koalition mit der CDU geben, weil es keine Übereinstimmung in wichtigen Sachfragen gibt und weil ein Kartell der Großen für die Demokratie nicht gut sein kann;
 - dann wird es auch keine Koalition mit der GAL geben, denn bei den Repräsentanten der GAL fehlt die Einsicht in das politisch Machbare, fehlt es an Fairness gerade auch gegenüber der SPD mit ihrer großen Tradition in der Arbeiterbewegung, in der Demokratie und im internationalen Friedenskampf; von den Sprechern der GAL trennen die SPD tiefe Gräben, wo es um die parlamentarische Demokratie und um das ausschließliche Recht des Staates geht, bei der Bewahrung des Gesetzes notfalls auch Gewalt anzuwenden.
3. Die SPD wird nicht versuchen, Koalitionen auf Treibsand zu bauen - sie wird sich in der Bürgerschaft bemühen, für die Lösung von Sachfragen tragfähige Mehrheiten zu finden, und da sind CDU wie GAL gleichermaßen gefordert.

Herr Kiep will, daß die beiden großen Parteien schon jetzt und ohne Debatte über Sachfragen eine Abrede darüber treffen, wer nach dem 19. Dezember regieren soll; die Wähler der dritten Partei im Parlament werden dabei schlicht weggeklammert. Aber so geht es nicht! Und deshalb muß Herr Kiep sehr bald sagen, ob er die SPD in folgenden Fragen unterstützen will:



- Festigung des Mieterschutzes gegen die Bonner Wohnungspolitik;
- Erhaltung wichtiger sozialer Leistungen wie BAFÖG, damit den Kindern aus den unteren Einkommenschichten der Zugang zu höheren Bildung offen steht;
- Abwehr der wirtschaftlich schädlichen Lohnpausen-Idee, dafür Erhöhung der Spitzensteuersätze zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen.

Wenn Herr Kiep mit seiner Offerte über Zusammenarbeit nach der Wahl ernstgenommen werden will, dann muß er bald auf diese Fragen antworten. Die Wähler haben es in der Hand, am 19. Dezember für die Bürgerschaft klare Verhältnisse zu schaffen. Sie können die SPD beim Wort nehmen!

Bürgermeister von Dohnanyi und die ihn tragende SPD-Fraktion brauchen die Mehrheit im Rathaus, um eine Politik

- für die Arbeitnehmer,
- für soziale Gerechtigkeit,
- gegen eine Strauß/Kohl-Vormacht in der Bundesrepublik

durchsetzen zu können.

Wer will, daß die großen Probleme angepackt werden, die Hamburg zu bewältigen hat, wer in der hamburgischen Politik klare Antworten statt schillernder Verpackung und bunter Sprüche will - der hat dafür in der Hansestadt eine klare und einleuchtende Chance: Der SPD die Mehrheit geben! (-/13.12.1982/ks/ca)

+ + +



Fragen konkret beantworten

SPD-Kommunalpolitiker können Friedensbeitrag leisten

Von Wolfgang Kirchner

Sekretär der Bundes-SGK

Nürnberg, Darmstadt, Marl, Mörfelden-Walldorf, Kassel, Pforzheim, Heilbronn, Frankfurt, Stuttgart, Hofgeismar, Bad Vilbel - Städte und Gemeinden unterschiedlicher Größenordnung und Struktur und in verschiedenen Regionen der Bundesrepublik Deutschland gelegen. Aber mindestens eines haben sie gemeinsam: Die kommunalen Selbstverwaltungsgremien dieser Städte und Gemeinden haben sich mit Initiativen und Anträgen befaßt, die zum Inhalt hatten, die jeweilige Gemeinde, den jeweiligen Gemeindeverband oder einen bestimmten Stadtteil ausdrücklich oder sinngemäß zur "atomwaffenfreien Zone" zu erklären. Zum Teil sind Beschlüsse in dieser Richtung von den Räten, Stadtverordnetenversammlung oder Kreistagen gefaßt worden.

Um diese Anträge und Beschlüsse herum hat sich inzwischen eine breite juristische Diskussion über die (Un)Zuständigkeit der Kommunalparlamente und die (Un)Zulässigkeit derartiger Anträge und Beschlüsse entwickelt. Gerichte, Rechtswissenschaftler, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Kommunalaufsichtsbehörden, der nordrhein-westfälische Innenminister und viele andere haben sich jeweils anhand eines konkreten Antrages oder Beschlusses dazu geäußert. Die grundgesetzlich gesicherte "Allzuständigkeit" der Kommunen wird mal extensiv, mal restriktiv ausgelegt. Ich will überhaupt nicht die Ernsthaftigkeit dieser Auseinandersetzung bezweifeln, aber sie hat dazu geführt, daß der Kern der Sache mehr und mehr in den Hintergrund getreten ist. Gewollt ist ja nicht die juristische Diskussion über Zuständigkeit und Zulässigkeit für und von Anträgen und Beschlüssen, sondern eine politische Diskussion über einen wichtigen und bedeutsamen Teilaspekt des Weges zur Verringerung des Risikos einer kriegerischen Konfrontation zwischen Ost und West in Europa und insbesondere zur Verringerung des Risikos eines Atomkrieges, nämlich die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen. Wie und in welcher Form dieses Ziel, oder wie der Vorsitzende des Arbeitskreises "Außen- und Sicherheitspolitik" der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten D. Voigt, MdB, es genannt hat, die positive Utopie "atomwaffenfreies Europa", erreicht werden kann, darüber muß diskutiert und auch konstruktiv gestritten werden.

Was bedeutet die Lagerung und Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden?

Können einseitige Abrüstungsschritte das Risiko eines (Atom)Krieges vermindern?

Was bedeuten die Vorschläge der Palme-Kommission für die Bundesrepublik Deutschland?

Diese und viele andere Fragen mehr müssen erörtert werden. Geschäftsordnungstreits in Räten und Kreistagen helfen da nicht weiter, ebensowenig wie Kommunalaufsichtsbeschwerden oder Rechtsgutachten. Aber unabhängig von der rechtlichen Würdigung meine ich, daß Beschlüsse, die auf die Schaffung von atomwaffenfreien Gemeinden oder Beschlüsse, die sich gegen die Stationierung und Lagerung von ABC-Waffen im jeweiligen Gemeindegebiet wenden, keine ausreichenden Antworten auf die Fragen sind, der sich eine realistische und reformerische Friedenspolitik stellen muß.

Verfassungsrechtlich, und das wird von kaum jemanden bestritten, können die Städte, Gemeinden, Kreise oder Stadtbezirke nicht die Entscheidung über die Errichtung und die Konzeption von atomwaffenfreien Zonen treffen. Also haben derartige Beschlüsse



und Anträge "nur" einen Symbolcharakter. Es soll das friedenspolitische Engagement ausgedrückt werden, das viele Menschen in unserem Land, in Ost- und Westeuropa, in den Vereinigten Staaten und anderswo bewegt. Auch der Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 kommt in manchen dieser Anträge zum Ausdruck.

Aber wird nicht auch die Illusion verbreitet, daß solche Beschlüsse die Wahrscheinlichkeit einer atomaren kriegerischen Auseinandersetzung verringern? Werden nicht bei vielen Menschen, deren Engagement für den Frieden gar nicht ernst genug zu nehmen ist, Hoffnungen geweckt, die dann nur zu Enttäuschungen und zu weiteren Glaubwürdigkeitsdefiziten gegenüber den (Kommunal)Politikern führen? Muß das nicht dazu führen, daß kommunale Selbstverwaltung praktisch als "Spielwiese der großen Politik" mißbraucht wird?

Ich glaube, daß Beschlüsse, die lediglich Symbolcharakter haben, den falschen Weg verfolgen. Sozialdemokratische Kommunalpolitiker sollten sich auch nicht daran beteiligen, über juristische Auseinandersetzungen politische Diskussionen über den richtigen Weg zum Frieden, über die Formen und die Wege zur Errichtung von atomwaffenfreien Zonen zu verhindern. Sie sollten innerhalb und außerhalb der Kommunalparlamente deutlich machen, daß sie die Forderungen der Friedensbewegung ernst nehmen, daß die SPD bereits in ihrem "Godesberger Grundsatzprogramm" 1959 und zuletzt in der sicherheits- und friedenspolitischen Erklärung des Münchener SPD-Bundesparteitages die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen erhoben hat, daß Sozialdemokraten wie Egon Bahr maßgeblich an der Arbeit der Palme-Kommission beteiligt gewesen sind, und daß die SPD sich für die Verwirklichung des Vorschlages der Palme-Kommission einsetzt, der eine atomwaffenfreie Zone circa 150 Kilometer beiderseits der Grenzen von NATO und Warschauer Pakt vorsieht.

Auch die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker können dazu beitragen, daß die friedens- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD verbreitet werden, sie können dazu beitragen, aufzuklären und Bewußtsein zu bilden, wenn engagiert und illusionslos zugleich über Vorzüge, die Risiken und die für die Verwirklichung von atomwaffenfreien Zonen erforderlichen politischen, militärischen und rechtlichen Rahmenbedingungen debattiert wird. So hat es Karsten D. Voigt in einem Beitrag ausgedrückt, und die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen in den Städten über 250.000 Einwohner haben sich anlässlich einer gemeinsamen Sitzung mehrheitlich dieser Auffassung angeschlossen.

(-/13.12.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

